

Armut innerhalb und außerhalb der Geldbörse

(11 Thesen)

(1) Jede Armutsdebatte ist wertgeladen. Ist die Armuts(risiko)quote gestiegen oder gesunken? Nach einem sprunghaften Anstieg 2006/2007 hat sie sich bei 14%-16% eingependelt, allerdings nicht für alle gleich. Bestimmte Gruppen sind besonders von einer Armutsspirale betroffen.

(2) In regelmäßigen Abständen wird eine „neue“ Armut entdeckt: die Armut der Frauen und Pflegebedürftigen, der Arbeitslosen, der prekär Beschäftigten, der Kinder, der Jugendlichen, der Abgehängten, der Altersarmen. Derzeit bilden Kinder und Jugendliche die größte Armutsgruppe.

(3) Eine objektiv messbare Armut gibt es nicht. Absolute Armut ist der Mangel an Grundgütern. Relative Armut (strenge, einfache Armut und Armutsrisiko) wird an der Höhe des Einkommens gemessen. Die Menge derer, die Sozialhilfe beziehen, ist ein Maßstab, der jedoch die Dunkelziffer nicht berücksichtigt. In Europa hat Armut einen neuen Namen bekommen: sozialer Ausschluss, eine Definition, die auf eine sozio-ökonomische und politische Dimension verweist, den Verlust von Erwerbsarbeit und gesellschaftlicher Beteiligung an der Nahtstelle von Integration und Verwundbarkeit. Allerdings suggeriert der Begriff ein „Drunten“ und „Draußen“, das es in keiner Gesellschaft gibt.

(4) Das Vorhandensein von Armen wird von den Nicht-Armen verdrängt: Die Armut in Deutschland sei nicht die in Bangladesch. Armut sei durch den Sozialhilfebezug bekämpfte Armut. Der Sozialhilfebezug sei seit zwei Jahren gesunken. Einmal arm, bedeute nicht immer arm. Armut sei eine freiwillige Entscheidung. Die Statistik sei trügerisch, denn mit einer Wohlstandsmehrung der Mittel- und Oberschicht erhöhe sich automatisch die Armutsquote. Armut erfülle eine positive Funktion, den Ideenhaushalt einer Gesellschaft zu steigern. Es müsse zwischen „würdigen“ und „unwürdigen Armen unterschieden werden.

(5) Trotz der vielfältigen Gesichter der Armut bleiben die Ursachen immer die gleichen: an erster Stelle bilden Arbeitslosigkeit, dann brüchige Partnerbeziehungen (Alleinerziehende) und Haushalte mit Kindern (Ausländerhaushalte) ein erhöhtes Armutsrisiko.

(6) Armut macht krank. Diejenigen, die von Armut, vom Armutsrisiko betroffen sind, sind häufiger krank, haben häufiger zahnmedizinische Probleme, Herzinfarkt, Schlaganfall, Diabetes, Bronchitis. Sie haben einen höheren Bedarf an ärztlichen Leistungen, aber nicht das Geld etwa für verschreibungspflichtige Medikamente, Hilfsmittel, Physiotherapie. Sie sind desinteressiert an gesundheitsbewusster Ernährung, Prävention, Pflege sozialer Kontakte. Arme Kinder leiden häufiger an psychosomatischen Störungen, Seh- und Sprechstörungen, zahnmedizinischen Problemen, Unfallverletzungen, Verbrennungen, Verkehrsunfällen, Übergewicht. Arme Jugendliche haben häufiger Schlafstörungen, Kopf- und Magenschmerzen, fühlen sich ausgeschlossen, leiden an Bewegungsmangel, Fehlernährung, konsumieren übermäßig Alkohol und Drogen, sehen extrem viel fern, kümmern sich wenig um sportliche Aktivitäten, gesunde Ernährung, ziehen sich aus sozialen Kontakten zurück.

(7) Armut ist politisch gemacht. Arme bilden die unterste Gruppe entlang einer Skala, an deren oberen Ende Wohlhabende und extrem Reiche platziert sind. Die Schere der Einkommens- und Vermögensverteilung, die sich seit der Jahrhundertwende weit geöffnet hat, ist durch die steuerpolitische Entlastung der Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen sowie durch die stärkere steuerliche

Belastung der breiten Bevölkerung verursacht. Große Erzählungen und bürgerliche Kampagnen haben marktradikale, wirtschaftsliberale Glaubenssätze propagiert. Die Volksparteien haben normative Debatten angestoßen und dem Volk eine neue Gerechtigkeit nahe zu bringen versucht. Wissenschaftler haben behauptet, der Arbeitsmarkt sei die entscheidende Stellgröße zur Bewältigung der Krise. In einem öffentlichen Feldzug gegen den Sozialstaat wurde dieser als zu teuer, wegen der demographischen Entwicklung auf Dauer nicht finanzierbar und überhaupt fehlgeleitet abgewertet. Die Milieuforschung erklärte die Klassen- und Schichtenanalyse für überholt angesichts einer Gesellschaft, die sich vorwiegend nach Wertvorstellungen, Lebensstilen und kulturellen Vorlieben ausdifferenziert. Die politische Klasse folgte dem öffentlichen Meinungsklima, transformierte den Sozialstaat zum aktivierenden Sozial- und Wettbewerbsstaat, deformierte die solidarischen Sicherungssysteme, entregelte die Arbeitsverhältnisse und ließ zu, dass der Rheinischen Kapitalismus in den angloamerikanischen Finanzkapitalismus mutierte.

(8) Die wiederholten Versprechen wechselnder Regierungen, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen, zu halbieren sowie insbesondere die Jugendarbeitslosigkeit und die Ausbildungsdefizite zu bekämpfen, sind erfolglos geblieben. Deshalb wird angesichts der hohen Arbeitsproduktivität und des globalen Wettbewerbs eine Bildungsrepublik Deutschland ausgerufen und ein bedingungsloses Grundeinkommen gefordert, um gerade die junge Generation von dem entwürdigenden Zwang zu befreien, jede angebotene Erwerbsarbeit annehmen zu müssen.

(9) Die Mehrheit der Menschen, die in Deutschland wohnen, lebt unter ihren Verhältnissen. Materielle und vitale Bedürfnisse sind nicht befriedigt, öffentliche Güter werden nicht bereitgestellt. Die in Warteschleifen hängenden Jugendlichen sind ein Verschleiß wertvollen Arbeitsvermögens. Deshalb bleibt der Schlüssel wirtschaftlicher Einbindung und gesellschaftlicher Beteiligung die Erwerbsarbeit und die durch sie erwirtschaftete höhere Wertschöpfung. Folglich sollte an die Stelle arbeitsmarktbezogener Druckmittel eine offensive Beschäftigungspolitik treten, die jeder Person, die erwerbstätig sein kann und will, eine sichere und sinnstiftende Arbeitsgelegenheit mit einem angemessenen Einkommen bietet.

(10) An die Stelle einer marktkonformen Demokratie sollte die staatliche Souveränität gegenüber privater Kapitalmacht wieder hergestellt werden. Die kapitalistische Verteilungsregel sollte durch eine gefestigte Tarifautonomie und durch eine paritätische unternehmerische Mitbestimmung korrigiert werden. Zudem sollte die Bindung der solidarischen Sicherungssysteme an die Erwerbsarbeit erweitert werden durch eine demokratische Solidarität: Alle Personen, die ihren Lebensmittelpunkt im Geltungsbereich der Verfassung haben, gehören der Solidargemeinschaft an. Und alle Einkommen, die im Geltungsbereich der Verfassung entstehen, sind beitragspflichtig.

(11) Die bestehenden Ungleichgewichte gesellschaftlicher Wertschätzung und Entlohnung zwischen der monetären und realwirtschaftlichen Sphäre, zwischen einer exportlastigen Industriearbeit und personennahen Diensten, zwischen der bezahlten und unbezahlten Arbeit von Männern und Frauen, zwischen der Erwerbsarbeit, privaten Arbeit und zivilem Engagement, zwischen gesellschaftlichen Ansprüchen und der Sorge für den Erhalt der natürlichen Umwelt, zwischen der Zeit, die der Erwerbsarbeit gewidmet wird, und jener Zeit, die dem eigenen Ermessen der Männer, Frauen und Kinder überlassen bleibt, sollten zugunsten einer lebensfreundlichen Balance überwunden werden.

Friedhelm Hengsbach SJ, Jugendarmutskonferenz 2013, Berlin